

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Ausnahmezustand über ganz Deutschland.

Die vollziehende Gewalt beim Reichswehrminister.

Das Reichskabinett hat noch in der vergangenen Nacht zu der durch Bayerns Vorgehen geschaffenen Lage Stellung genommen. In den ersten Morgenstunden ist durch eine Verordnung des Reichspräsidenten für das ganze Reichsgebiet der Ausnahmezustand verhängt worden. Die vollziehende Gewalt ist dem Reichswehrminister übertragen worden.

Auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung verordne ich zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung für das Reichsgebiet folgendes:

§ 1.
Die Artikel 114, 115, 117, 118, 123, 124 und 153 der Verfassung des Deutschen Reiches werden bis auf weiteres außer Kraft gesetzt. Es sind daher Beschränkungen der persönlichen Freiheit, des Rechts der freien Meinungsäußerung einschließlich der Pressefreiheit, des Vereins- und Versammlungsrechts, Eingriffe in das Brief-, Post-, Telegraphen- und Fernsprechgeheimnis, Anordnungen von Hausdurchsuchungen und Beschlagnahmen sowie Beschränkungen des Eigentums, auch außerhalb der hierfür bestimmten gesetzlichen Grenzen zulässig.

§ 2.
Mit der Bekanntmachung dieser Verordnung geht die vollziehende Gewalt auf den Reichswehrminister über, der sie auf Militärbefehlshaber übertragen kann. Im Einvernehmen mit dem Reichsminister des Inneren kann der Reichswehrminister zur Mitwirkung bei Ausübung der vollziehenden Gewalt auf dem Gebiete der Zivilverwaltung Regierungskommissare ernennen. (§ 3.)

§ 3.
Die Befugnisse des Militärbefehlshabers an die Zivilverwaltung und Gemeindeführer sowie seine allgemeinen Anordnungen an die Bevölkerung sind, bevor sie ergehen, zur Kenntnis der Regierungskommissare zu bringen. Allgemeine Verfügungen des Militärbefehlshabers, die Beschränkungen nach § 1 enthalten, bedürfen zu ihrer Rechtswirksamkeit der Zustimmung des Regierungskommissars, sofern ein solcher eingesetzt ist.

§ 4.
Wer den im Interesse der öffentlichen Sicherheit erlassenen Anordnungen des Reichswehrministers oder des Militärbefehlshabers zuwiderhandelt oder zu solcher Zuwiderhandlung auffordert oder anreizt, wird, sofern nicht die bestehenden Gesetze eine höhere Strafe bestimmen, mit Gefängnis oder Geldstrafe bis zu 15 000 Goldmark bestraft.

Wer durch Zuwiderhandlung nach Absatz 1 eine gemeine Gefahr für Menschenleben herbeiführt, wird mit Zuchthaus, bei mildernden Umständen mit Gefängnis nicht unter 6 Monaten und, wenn die Zuwiderhandlung den Tod eines Menschen verursacht, mit dem Tode, bei mildernden Umständen mit Zuchthaus nicht unter zwei Jahren bestraft. Daneben kann auf Vermögensentziehung erkannt werden.

Wer zu einer gemeingefährlichen Zuwiderhandlung (Absatz 2) auffordert oder anreizt, wird mit Zuchthaus, bei mildernden Umständen mit Gefängnis nicht unter drei Monaten bestraft.

§ 5.
Die in den Paragraphen 31 (Hochverrat), 307 (Brandstiftung), 311 (Explosion), 312 (Ueberschuldungen) 315 Absatz 2 (Beschädigung von Eisenbahnanlagen) des Strafgesetzbuches mit lebenslänglichem Zuchthaus bedrohten Verbrechen sind mit dem Tode zu bestrafen, wenn sie nach der Verkündung der Verordnung begangen sind.

Unter der gleichen Voraussetzung kann im Falle des § 92 (Landesverrat) des Strafgesetzbuches auf Todesstrafe erkannt werden; ebenso in den Fällen des § 125 Absatz 2 (Räufersführer und Gewalttätigkeiten bei Zusammenrottungen) und § 115 Absatz 2 (Räufersführer und Widerstand bei Aufrufen), wenn der Täter den Widerstand, die Gewalt oder Drohung mit Waffen oder im bewaffneten und gewollten Zusammenreffen mit Bewaffneten begangen hat.

§ 6.
Auf Ansuchen des Inhabers der vollziehenden Gewalt sind durch den Reichsminister der Justiz außerordentliche Gerichte zu bilden. Zur Zuständigkeit dieser Gerichte gehören außer den in § 9 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 29. März 1921 (Reichsgesetzblatt S. 371) aufgeführten Straftaten auch die Vergehen nach § 4 der vorliegenden Verordnung.

§ 7.
Diese Verordnung tritt mit der Verkündung in Kraft.
Berlin, den 26. September 1923.

Der Reichspräsident:
Ebert.

gegengezeichnet: der Reichskanzler:
Dr. Stresemann.

Unter dem Eindruck der Nachrichten aus Bayern trat das Reichskabinett in der letzten Nacht zu einer Sitzung zusammen. Das Ergebnis der Beratungen war die oben wiedergegebene Verordnung des Reichspräsidenten, die den Ausnahmezustand über das gesamte Reichsgebiet verhängt.

Die bayerische Regierung hat durch die Verkündung des Ausnahmezustandes in ihrem Bereich gezeigt, wie groß die Gefahr einschlägt, die aus der rechtsradikalen Umstürzbewegung dem Staatswesen erwachsen ist. Diese Gefahr ist nun keineswegs bloß eine bayerische Angelegenheit. Denn erstens verkündet diese Umstürzbewegung in aller Offenheit ihr Ziel, von Bayern aus das ganze Reich zu erobern, zweitens ist sie auch jetzt schon nicht auf Bayern beschränkt, sie hat auch in anderen Reichsteilen feste Wurzeln geschlagen.

Deshalb war es nur konsequent, daß die Reichsregierung dem bayerischen Ausnahmezustand den Ausnahmezustand für das ganze Reich unmittelbar folgen ließ.

Schon heute morgen ist hier gesagt worden, es sei notwendig, daß das durch die bayerische Verordnung geschaffene Provisorium, als der Reichseinheit gefährlich, schnell beendet werde. Die bayerische Verordnung unterstellt die Reichsbehörden — mit Ausnahme der Reichswehr — dem bayerischen Generalstaatskommissar. Durch die Reichsverordnung wird dieser Zustand dahin abgeändert, daß die Militärbefehlshaber über die Reichs- und die bayerischen Staatsbehörden gesetzt werden. Diese Militärbefehlshaber erhalten ihre Befehle vom Reichswehrminister in Berlin, der unter parlamentarischer Verantwortung und solidarischer Haftung des gesamten Reichskabinetts im Auftrage des Reichspräsidenten handelt. Mit anderen Worten: An die Stelle eines separatistischen Ausnahmezustandes ist ein zentraler gesetzt worden, das Schwergewicht von München wird wieder nach Berlin zurückverlegt.

Den Militärbefehlshabern kann die Reichsregierung Zivilkommissare beordnen, und es ist vorauszusetzen, daß von dieser Möglichkeit in weitestem Umfange Gebrauch gemacht wird. Dabei dürfte es sich als Regel herausstellen, daß das Amt des Zivilkommissars denjenigen Behörden übertragen werden wird, die bisher schon für die Aufrechterhaltung der Ordnung und Ruhe zuständig waren. Was insbesondere Preußen betrifft, so dürfte eine Änderung der Verhältnisse überhaupt nicht fühlbar werden, zum mindestens so lange nicht, als nicht auch hier die Gefahr einer gewalttätigen Bewegung gegen die Republik akut wird.

Mit der Verkündung des Ausnahmezustandes hat die Reichsregierung zu dem schärfsten Mittel gegriffen, um die republikanische Staatsform und die Einheit des Reiches zu sichern. Die nächsten Tage und Wochen müssen die Entscheidung darüber bringen, ob es noch eine deutsche Republik, noch ein einiges Deutsches Reich geben kann. Für die republikanische gestimmte Bevölkerung, vor allem für die sozialdemokratische Arbeiterschaft kann es gar kein Schwanken und Bedenken geben, sie hat klar Stellung zu nehmen für die Einheit, für die Republik!

Die Reichsregierung ist in den schwersten Kampf eingetreten. Von seinem Ausgang hängt alles ab. Darum darf man ihr nicht in den Rücken fallen, wie es durch kopflose Aktionen, würden sie auch in der besten Absicht unternommen, in verhängnisvoller Weise geschehen könnte. Die Reichsregierung selbst wird solchen Gefahren dadurch am besten begegnen, daß sie sich klar und bewußt auf die Massen des arbeitenden Volkes stützt. Dann werden diese Massen auch die notwendige Disziplin halten und bereit sein, zu kommen, wenn sie gerufen werden, um die Republik schützen zu helfen.

Statt Kahr Loffow.

Durch die Verordnung des Reichspräsidenten geht die vollziehende Gewalt in Bayern von Kahr auf den dortigen Kommandeur der Reichswehr, General v. Loffow, über. Die Reichsregierung wird an die bayerische Staatsregierung das Ersuchen richten, die bayerische Sonderverordnung zurückzuziehen.

Die Ernennung des Zivilkommissars wird im Einverständnis mit dem Reichsminister des Innern und der

Länder-Regierungen vorgenommen werden. Mit der Ernennung ist wahrscheinlich heute noch zu rechnen. Für Preußen dürfte wahrscheinlich Minister Severing zum Reichskommissar ernannt werden.

Für Bayern wird ein Regierungskommissar nicht ernannt werden. Sollte es zwischen dem Inhaber der Vollzugsgewalt in Bayern, General v. Loffow, und dem bayerischen Generalstaatskommissar zu Kompetenzstreitigkeiten kommen, so entscheidet natürlich der Grundsatz „Reichsrecht bricht Landesrecht“, die Zuständigkeit v. Loffows geht also vor.

Man hat immer gesagt, die Regierung rede nur, aber sie tue nichts; die Raschheit, mit der die Verordnung des Reichspräsidenten erlassen ist, beweist jedoch, daß sie längst vorbereitet gewesen sein muß. Der Reichskanzler hat schon in Stuttgart und wiederum in der Konferenz der Ruhrvertreter erklärt, daß, wer diesen Staat übernehmen und seine Regierung stürzen wolle, erst beweisen müsse, daß er der Stärkere sei.

Mit ihrem Schritt wolle die Reichsregierung keineswegs eine Kriegserklärung an Bayern aussprechen. Der bayerische Ministerpräsident hat heute vormittag der Reichsregierung mitgeteilt, daß die bayerische Regierung die Ernennung v. Kahrs gerade deshalb vollzogen hat, weil sie sich von seinem Einfluß auf die rechtsstehenden Elemente in Bayern das Beste für die Erhaltung der Ruhe erhoffte. Der bayerische Ministerpräsident ist überzeugt, daß Dr. v. Kahr vollste Loyalität beweisen werde. Herr v. Knilling hat davon Kenntnis genommen, daß der Ausnahmezustand im Reich verhängt ist und hat nur gebeten, daß General v. Loffow mit Kahr für das gemeinschaftliche Ziel der Erhaltung der Ruhe zusammenarbeite. Die „vaterländischen Verbände“ in Bayern haben sich hinter Kahr gestellt. Die Trennung der nicht extremistischen Elemente von den Extremisten ist also durchgeführt. Die nationalsozialistischen Versammlungen in München für heute abend hat Kahr verboten. Die Reichswehr bringt auf Wunsch Kahrs die Truppen von Regensburg und Lindau nach München, um die Garnison zu verstärken. Das Bestreben Hitlers, entweder München zu erobern oder nach Berlin zu ziehen — er schwankt noch zwischen diesen beiden Kriegszielen! — wird auf diese Art zu vereiteln gesucht.

„Ludendorff-Revolution“.

Die Bayerische Volkspartei rückt ab.

München, 27. September. (Eigener Drahtbericht.) Die erste Maßnahme, die Herr v. Kahr als Generalstaatskommissar getroffen hat, ist das Verbot der für heute abend angeordneten 14 Versammlungen Hitlers. In der Besprechung, die Kahr heute vormittag in den in Betracht kommenden Organen und Verbänden gehalten hat, stellten sich die Reichswehr, die vaterländischen Verbände und die sämtlichen übrigen Organisationen hinter den neuen Generalstaatskommissar und seine Verordnungen. Die einzige Ausnahme machte der Kampfbund Hitler, der erklärte, er behalte seine Stellungnahme vor.

Von besonderer Bedeutung ist, wie die heutige Ausgabe der „Bayerischen Volkspartei-Korrespondenz“, das offizielle Organ der Regierungspartei, die politische Situation beurteilt, aus der heraus der Entschluß der bayerischen Regierung betreffs Verkündung des Ausnahmezustandes usw. entsprungen ist. Die „Bayerische Volkspartei-Korrespondenz“ schreibt:

„Ob die Revolution von rechts oder von links vorbereitet und geplant ist, ist für seine außenpolitische Tragweite vollkommen gleichgültig. Wenn General Ludendorff in Bayern Revolution macht, so erfüllt er die Hoffnungen der Franzosen, nichts könnte die traurige Lage Deutschlands außenpolitisch noch mehr verschlimmern als ein militärischer Putsch im Süden des Reiches. Man mag sich noch so schwarzweißrot anstellen! Hitler-Revolution in München bedeutet Separation, denn Hitler-Revolution und Ludendorff-Revolution liegt nozgedrungen den Feind ins Land. Das mag sich das bayerische Volk in diesen Tagen gesagt sein lassen. Hitlers Verbrechen ist es, daß er zum Parteiführer geworden ist. Hitlers Tragik wird es sein, daß er zur Figur eines Mannes geworden ist, der wohl einen starken Willen, aber keine politische Intelligenz besitzt. Wie in Bayern haben kein Verbrechen zu Ludendorff, daß er die Fähigkeit besitzt, das deutsche Volk in eine bessere Zukunft hineinzuführen. Das bayerische Volk schaut sehnsüchtig nach starken, führenden bayerischen Händen.“

Dann wird weiter ausgeführt, daß die starken führenden Kräfte in der Regierung Knilling und in Herrn v. Kahr zu sehen sind.

Die Münchener „Post“ schreibt dazu: Wenn es so harmlos „Ausnahmestadium“ heißt, so ist das, was wir nun in Bayern haben, eine richtige Diktatur Kahrs. Der Weg, auf dem sie zustande gekommen ist, hält sich in der äußeren Form an verfassungsmäßige Bestimmungen, ist aber tatsächlich die Verwirklichung des längst angekündigten „trochäischen Putsch“. Gemäß war die bayerische Regierung, wenn auch nicht ohne eigene Schuld, in eine äußerst bedrängte Lage geraten und gewiß sind außerordentliche Maßnahmen gerechtfertigt, aber die Staatsautorität stärkt man in einer gefährlichen Lage nicht dadurch, daß man die verfassungsmäßige Regierung entsprechend den Forderungen der Terroristen in der Verfertigung verschwinden läßt.

München, 27. September. (Eca.) Von den Mittagsblättern spricht die „Münchener Zeitung“ von einer Diktatur Kahrs in Bayern und einer Diktatur Behler im Reich. Sie bezeichnet die Errichtung der bayerischen Diktatur in der Not des Vaterlandes als den vielleicht einzigen Ausweg aus einer ungemein schwierigen Lage. Ganz Bayern habe zu Herrn v. Kahr das unbedingte Vertrauen (??), daß er ohne Reuegedanken mit der ihm eigenen Bereitwilligkeit und Tapferkeit ans Werk gehen werde. Es gebe in Bayern keinen anderen Mann für diesen Posten.

Die „Münchener Post“ bezeichnet ebenfalls den Ausnahmestadium als eine Diktatur Kahrs, dessen Ernennung infolge seines Verhaltens als feinerzeitiger Ministerpräsident gegen die Reichsregierung alle die mit Sorge erfüllen müsse, die in der Erhaltung der von außen und innen bedrohten Reichseinheit die größte Aufgabe des Augenblicks sehen. Der Landesauschuß der Sozialdemokratischen Partei in Bayern veröffentlicht gleichzeitig einen Aufruf an die Parteigenossen, in dem diese aufgefordert werden, für den Fall eines Schwereversuches für die Republik, für die Verfassung und für die geltenden Arbeiter- und Beamtenrechte einzutreten.

Kahrs Doppelgesicht.

Nürnberg, 27. September. (Eigener Drahtbericht.) Die Ernennung des Regierungspräsidenten von Oberbayern v. Kahr zum Generalstaatskommissar bezeichnet insofern keine Entspannung der Lage, als die Arbeiterschaft, die sich gegen diesen Herrn v. Kahr wiederholt in ihren Reden gewandt hat, diese Ernennung als eine Brüstung empfinden und andererseits die „vaterländischen Verbände“ innerhalb der letzten zwölf Stunden zu einer weiteren Mobilmachung ihrer Kräfte geschritten sind. Andererseits dürfte die Mitwirkung des nationalsozialistischen Großen Verbandes durch die Ernennung des Herrn v. Kahr verhütet worden sein. Eine Klärung der Lage wird erst der heutige Abend bzw. die heutige Nacht bringen.

Die „Bayerische Volkspartei“ in Nürnberg veröffentlicht folgenden Aufruf:

„Nachrichten aus München lassen Vorkehrungen zu einer neuen Revolution vermuten. Wir sind Gegner der Gewaltpolitik. Wir sind Gegner des internationalen und nationalen Sozialismus. Parteifreunde in den vaterländischen Verbänden! Laßt Euch nicht mißbrauchen zum Kampf gegen die gesetzliche Regierung! Hört nur auf unsere Parole! Wir sind stets in Bereitschaft.“

Auch der Bayerische Industriellenverband sieht sich veranlaßt, vor Störung der Ruhe und Ordnung öffentlich zu warnen.

Die heutige Ausgabe des „Völkischen Beobachter“ enthält im Gegensatz zu den Ausgaben der letzten Tage keinerlei Aufforderungen zu aktivem Vorgehen.

Demokratisches Urteil über Kahr.

Frankfurt a. M., 27. September. (Mit.) Zur Verhängung des Ausnahmestadiums in Bayern und Ernennung Kahrs zum Generalstaatskommissar schreibt die „Frankfurter Zeitung“: Herr von Kahr, den man jetzt mit geradezu diktatorischen Vollmachten betraut, wird über juristische Zwirnsfäden gewiß nicht stolpern. Gegenüber dem Reiche, seinen Rechten und seinen Lebensnotwendigkeiten ist er nie schüchtern gewesen. Im Augenblick hat er den Auftrag, sich gegen die schwarzweißroten Umstürzler zu wenden. Man erinnert sich dabei der starken Gegenläufe, die wiederholt in der letzten Zeit zwischen den weißblauen und

den schwarzweißroten Umstürzern hervorgetreten sind. Aber eine feste Bürgschaft liegt nicht in diesen Gegenläufen. Bei solchen außerordentlichen Maßnahmen weiß man, wo sie anfangen, aber nicht, wo sie enden. Liegt dieses Generalstaatskommissariat auf einer Linie, die zu einer effektiven Diktatur des Herrn von Kahr führt? Liegt es auf einer Linie, die zu der vielbesprochenen „zeitweiligen Abkapselung“ Bayerns führen kann? Dies sind Fragen, in denen noch keine Antwort, besonders aber manche ernste Sorge angedeutet werden soll.

Kosbach soll heraus!

Die „Sturmabteilung“ mobilisiert.

München, 27. September. (Mit.) Der Führer der Sturmabteilung Kosbach erläßt einen Aufruf „an alle Kosbacher und Parteigenossen“, am Freitag, den 28. September, abends 8 Uhr im Löwenbräu zu einer machtvollen Kundgebung zu erscheinen, in der unter der Parole „Kosbach muß heraus“, gegen die Behandlung des Führers Kosbach in Leipzig protestiert werden soll. Einen weiteren Aufruf erlassen die Nationalsozialisten an alle deutschvölkischen Motorradfahrer und Automobilisten, in die Motorradverbände und in die Autostaffeln der nationalsozialistischen Arbeiterpartei einzutreten.

Zusammenstöße im Erzgebirge.

Arbeiter und Rechtsradikale im Kampf.

Dresden, 27. September. (Eigener Drahtbericht.) In Annaberg i. Erzgeb. kam es in der Nacht zu Donnerstag zu blutigen Zusammenstößen zwischen Rechtsradikalen und der Arbeiterschaft, wobei 1 Toter, 5 Schwere- und 20 Leichtverletzte zu verzeichnen sind. Ein militärischer Aufmarsch der Rechtsradikalen am 22. September 11 Uhr nachts auf dem Markt hatte die Arbeiterschaft erregt. Da die Rechtsradikalen am Mittwoch wieder eine Versammlung abhalten wollten und mit Tälichkeiten gegen die Arbeiterschaft drohten, versammelten sich die Arbeiter von Annaberg und den umliegenden Orten am Mittwoch, um die Versammlung der Rechtsradikalen zu verhindern. Der Rat der Stadt hatte am Nachmittag alle Versammlungen verboten. Trotzdem versammelten sich erregte Rechtsradikale und Arbeiter auf dem Marktplatz. Der anwesende Regierungskommissar versuchte durch Verhandlungen den Aufmarsch der Gruppen zu erzielen, was ihm auch gelang. Indes kam es nach Aufmarsch aus dem Stadtkern und den Außenteilen zu Zusammenstößen und Schlägereien, wobei es 6 anscheinend Leichtverletzte gab. Ein Gendarmierkommando von 30 Mann bemühte sich, die Streitenden auseinander zu bringen. Indessen kam es gegen Mitternacht außerhalb der Stadt zu neuen Zusammenstößen und Schlägereien zwischen Rechtsradikalen und Arbeitergruppen. Das unübersichtliche Waldgelände erschwerte das Eingreifen der Polizei. Nach Mitternacht trat Ruhe ein. Bis jetzt sind 1 Toter, 5 Schwereverletzte und 20 Leichtverletzte festgestellt. Die Polizei hatte die Waffen nicht gebraucht und keine Verletzten zu verzeichnen.

Frankreich erwartet deutsche Vorschläge.

Paris, 27. September. (U.) Wie der Pariser Berichterstatter der „Telegraphen-Union“ erklärt, erwartet die französische Regierung von dem Kabinett Stresemann nach Zurückziehung aller Verordnungen betreffend den passiven Widerstand offizielle Vorschläge zur Lösung des Reparationsproblems.

Pertinax schreibt im „Echo de Paris“: Von Deutschlands Haltung in der nächsten Zeit wird die von Frankreich einzuschlagende Politik abhängen. Dem Pariser Kabinett ist von Deutschland bisher kein Verhandlungsangebot zugegangen. Selbstverständlich wird Frankreich seinerseits keine Initiative dazu ergreifen. Uebrigens, wie könnte man Verhandlungen zweckmäßig eröffnen, solange die neue durch die Einstellung des passiven Widerstandes gegebene Sachlage nicht deutlichere Umrisse angenommen hat. Für den Augenblick besteht die Hauptaufgabe der Regierungen von Paris und Brüssel darin, das Programm vom 11. Januar zu verwirklichen. Die Anstrengungen Deutschlands zielen seit acht Monaten darauf ab, die Anwendung dieses Programms zu verschleppen. Jetzt kommt

es darauf an, die verlorene Zeit wieder einzuholen. Gleichzeitig bedeutet die Verwirklichung dieser Aufgabe einen entscheidenden Prüfstein dafür, die wahre Bestimmung unseres Schuldners feststellen zu können. In diesem Sinne habe Poincaré sich gestern mit dem belgischen Gesandten besprochen.

Pertinax erklärt dann schließlich, daß Frankreich von Deutschland Vorschläge erwarte, die, so bald sie eintreffen werden, an die Reparationskommission weitergegeben werden. Frankreich lehne es aber ab, sich auf eine ausschließliche Formel festzuliegen. Die Lösung des Problems müsse vielmehr in einem so großzügigen Geiste gefaßt sein, daß sie mehrere Zahlungsmethoden versuche. Auf jeden Fall werde Frankreich vorläufig Pländer, die es jetzt im Besitz habe, auch weiterhin behalten und dem anlässlich der zahlreichen französisch-belgischen Konferenzen laut verkündeten Grundsatz „fortschreitende Räumung nach Maßgabe der erfolgten Zahlungen“ auch weiterhin treu bleiben.

England wartet ab.

London, 27. September. (Mit.) Die Blätter veröffentlichen Informationen über die gestrige Kabinettsitzung. Allgemein wird hervorgehoben, daß keine Entscheidungen getroffen wurden. Dem Parlamentsberichterstatter des „Daily Express“ zufolge schlossen sich die Kollegen Baldwin dessen Ansicht an, daß kein unmittelbarer Schritt getan werden könne und daß durch die Entwicklung in Deutschland eine vollkommen neue Lage geschaffen worden sei. Sie stimmten zu, daß abgewartet werden müsse, was in Deutschland geschehe, welche Vorschläge die deutsche Regierung den Alliierten mache und welches Urteil Frankreich über diese Vorschläge fälle.

Der politische Berichterstatter der „Morning Post“ erklärt, Poincaré habe im voraus die britische Regierung über die Aenderung des Verfahrens im besetzten Gebiet durch die Aufgabe des passiven Widerstandes unterrichtet. Für den Augenblick könne die britische Regierung nur den Verlauf der Ereignisse abwarten. „Daily Mail“ führt aus, die drohende britische Note vom 11. August sei die Ursache der augenblicklichen Komplikation. Sollte die britische Regierung, nachdem sie einmal die Ruhrbesetzung ungeseglich genannt habe, Anteil an den Reparationen fordern, die infolge der französischen Politik bald in einen regelmäßigen Fluß einströmen würden. England könne nur durch eine Politik willigen Zusammenarbeitens mit Frankreich aus dem Dilemma kommen.

„Daily Telegraph“ schreibt zur Aufgabe des passiven Widerstandes, die wahrscheinliche Hoffnung Deutschlands auf ein gewisses Maß von Sympathie bei den Neutralen, wenn nicht bei gewissen Alliierten sei eitel gewesen.

Belgische Wünsche.

Paris, 27. September. (U.) Nach Meldungen aus Brüssel haben die belgischen Minister sich gestern abend im Verlaufe eines Kabinettsrats über die neugeschaffene Situation ausgesprochen. Es heißt, daß die belgische Regierung nur allmählich eine Rückkehr zu der „unsichtbaren“ Besetzung des Ruhrgebietes nach Maßgabe der Erfüllung der deutschen Versprechungen wünsche. Die belgische Regierung ist außerdem von dem lebhaftesten Wunsche besetzt, daß die Vollmachten der Reparationskommission nach einer zwischen Frankreich und Belgien erfolgten Verständigung wieder in vollem Umfange und reiflos wiederhergestellt werden. Die Reparationskommission soll ferner die Einberufung interalliiert Konferenzen zur Besprechung des Reparationsproblems vorbereiten.

Die Kundgebung des Reichspräsidenten wird in der Pariser Morgenpresse zum Teil in der heftigsten Weise kritisiert. Besonders scharf wendet sich der „Matin“, der als hochoffiziös angesehen werden kann, gegen die Kundgebung.

Das Brüsseler Gnadengesuch unterzeichnet. Der belgische König hat das Begnadigungsgesuch der beiden wegen des Mordes an Deutnant Straß zum Tode verurteilten Deutschen unterzeichnet. Die Todesstrafe ist in lebenslängliches Zuchthaus umgewandelt worden.

Dollar amtlich 142 Millionen.

rünstigen Treueid persönlich verpflichtet sind, missfähige Werkzeuge zur Durchführung von „Säuberungsaktionen“. So sieht die politische Erziehung aus. Räuberromantik spukt in abertausend unreifen Gehirnen. Es gibt hier nur Verführer der Jugend. Wo bleiben die Führer? Die Zustände scheinen hoffnungslos, solange die völkische Schundliteratur Mord und Totschlag verherrlicht und solange das Hakenkreuz das wahre Münchener Stadtwappen bleibt.

„Die Siegerin“.

(Neues Operettentheater.)

Ein stolzer Name prangt als Komponistenname über dem Ganzen: Peter Tschaikowsky. Dieser Irtisch empfindsame, französisch denkende Russe ist uns fast nur aus dem „Onegin“, seinen Suiten und Symphonien, faum aus der „Romeo-Quartette“ und dem Geigenkonzert, und nur ganz wenigen aus seiner Kammermusik bekannt. Tatsächlich ist die Zahl seiner Kompositionen gering. Darunter sind viele glänzende Halbwerke und manche kleinen Berlin, besonders in den tief empfundenen, leicht eingängigen Märschen, Impromptus, Romanzen, Capriccios und Liedern. Sentimentales mischt sich mit Satire, und es läßt sich aus Klavier- und Gesangsstücken sehr wohl ein dankbares Quodlibet zusammenstellen, das ebenso kurzweilig wie musikalisch wertvoll ist. Das hat Josef Klein getan. Nur mit der Orchestermelodie nahm er es ein wenig frei; und wo der typische Jazz oder Schimmy russifiziert erscheint, da kann man das Beiziken nicht unterdrücken, doch ein glattes Salonstück Tschaikowskys verbalhornisiert wurde, oder daß ein Operettenanonymus sich den Namen Peters als Entschuldigungszettel anheftete. Möglicherweise trifft das auf höchstens ein Sechstel aller Nummern zu. Das Niveau der Operette oder, besser gesagt, des musikalischen Lustspiels, ist durch diese Unterlegung von Text oder Melodie entschieden weit über alles übliche Operettengeschreibsel hinausgehoben, selbst da, wo der Operettentext wirklich gewahrt ist. Eine gewisse Schmerzblütigkeit von Walzer und Couplet ist durch Geliebtheit der Melodie und durch Ein russischer Nationalrhythmus weitgemacht. Immerhin: Ruffst ist die Siegerin.

Das Lustspiel (von Friedmann-Lunzer und Jeschach) stellt den ansehnlich historisch insizierten Aufstieg des Bauernmädchens Martha bis zur veritablen Herrscherin aller Reichen dar. Peter der Große stiehlt sie seinem Feldmarschall und macht sie zur Jorenbraut, zur Jorin selber. So hatte es eine Jgauerin einst geweissagt, und so geht es auf dem Theater und am Zarenhof, nicht ohne groß-unwahrscheinliche Wiffkräfte in Erfüllung. Man nimmt auch das ganz ungläubliche Ende des Stückes gelassen hin, wo der betrogene Feldmarschall der Jarin in ersterbender Ehrfurcht huldt. Alles ist unponnen von einem dünnen Netz von Intrigen, die selbst den großköniglichen Stoff verfeinern und auf dem Still einer französischen Hofkomödie bringen. Nur der militärische Firtelanz streift das Groteske.

Den Spion des Stückes spielt mit großer Sicherheit und reichlichen Varianten in Nase und Götting der jugendliche Harald Paulsen, seine lustige kleine Partnerin, gelenkig und flott, ist Olga Bartos-Trau. Libert Rugner, Ida Rusta

halten die starken Fäden der Handlung mit Bravour und in glänzender Position zusammen, während Ernst Dernburg dem Jaren die Würde von Stärke, Franz Groß dem Gogol-Genial alle derben Lustigkeiten einer besonnenen und diebischen Bilderbogenpuppe verleiht. Die Dekorationen Impokovens (Feldlager, Palais und Zarenstich) verdienen es, isoliert beiläufig zu werden. Die russische Dolmetschtruppe trug in die Komparierie wirkliches Akzenttempo hinein, und Siegfried Schult hielt mit schwachbrüstem Drapetter das Ensemble rechschaffen zusammen.

Kurt Singer.

Kunstgewerbeschule. Am 6. Oktober eröffnet die Unterrichtsanstalt des Kunstgewerbemuseums ihr Wintersemester, das bis zum 28. März dauert. Vorher finden in der ersten Oktoberwoche die sechstägigen Aufnahmeprüfungen statt. Zwei Tage davon nimmt das Zeichnen eines gestellten Gegenstandes in Anspruch, zwei Tage das Zeichnen einer Entwurfsaufgabe, für Architekturstudierende folgt dann das Darstellen und Detaillieren eines Möbels oder Architekturstückes, für Bildhauer das Modellieren eines Altes, für Maler, Graphiker und Musterzeichner das Zeichnen eines Altes. Zur Aufnahme in die Ateliers ist auch noch die Lösung einer Schriftaufgabe erforderlich. Eine Ausnahme nur für die Lehrwerkstätten ist ausgeschlossen, sie dienen nur der Ergänzung des Unterrichts der Fachabteilungen und Ateliers. Alle Aufnahmen erfolgen zunächst für ein Probefsemester, dann ist eine zweite Prüfung erforderlich, die endgültig die Aufnahme entscheidet, falls nicht der weitere Schulbesuch für nutzlos erklärt wird. Der Direktor der Anstalt, Professor Bruno Paul, leitet das eine Atelier für allgemeine Architektur und Innenausbau, das andere unterleitet Professor Grenander, der in Vertretung auch des Ateliers für Metallbearbeitung leitet. Das Atelier für allgemeine dekorative Plastik hat nun Prof. Edwin Scharff übernommen. Von den Ateliers für dekorative Malerei leitet Prof. Cesar Klein das für Wand-, Theater- und Glasmalerei, Prof. Kutschmann das für Kirchen- und Glasmalerei, Prof. Adolf Strübel das für Wandmalerei und Flächenmuster, Prof. E. R. Weiß das für dekorative Malerei und Graphik. Prof. Emil Drlik hat das Atelier für allgemeine Graphik, Prof. Lucian Bernhard das für Gebrauchsgeschichte, Prof. Haverkamp das für Altmodellieren, Prof. Koch das für Altzeichnen und -malen. Von den Fachabteilungen leitet Prof. Seck die für Architektur und Gartenanlagen, Prof. Keger die für dekorative Plastik, Prof. Kutschmann die Abteilung für dekorative Malerei, Prof. Warming die für Gebrauchsgeschichte, Prof. Haas-Hene die für Mode. Daran schließen sich die Werkstätten und die Hilfsfächer. Der Unterricht in den Fachabteilungen umfasst einen ersten, zweiten und Oberkurs, dann erfolgt eine Prüfung, die entscheiden soll, ob der Schüler in die Ateliers aufgenommen wird, ein drittes Jahr in den Fachabteilungen zubringen oder die Anstalt verlassen soll.

Prähistorische Funde in Frankreich. Gelegenlich der Ausgrabungen auf der prähistorischen Station von Volpierre wurde das Skelett eines 25-28jährigen Mannes, 1,65 Meter lang, ans Tageslicht gefördert. Es wurde festgestellt, daß dieses Skelett sowie auch zwei andere später ausgegrabene Skelette 15 000 Jahre alt sind.

Oberwiesensfeld.

Münchener Kulturbild von Paul Pi-

Au den neuesten Ereignissen in Bayern gibt dieses Stimmungsbild eine charakteristische Illustration.

Auf Oberwiesensfeld werden Hammelherden und spielen „aktive“ Studenten Krieg. So ein armer Couleurstudent hats heuer nicht leicht. Früher studierte der grüne Fuchs die ersten 10 Semester Fechten und Sausen. Jetzt wagt er sich außerdem noch zwischen Hammelherden auf ekstrementebefruchteter Erde und läßt sich am MA. abrichten, um dereinst die bayerische Republik vor nördlicher Inflation zu schützen. Die Republik stellt dazu Ausbildungspersonal dem Waffentrag zur Verfügung. Ein militärisch abgenutzter Hosenboden ist natürlich nicht mehr imstande, die Bänke der Hörsäle zu drücken. Ist ja auch Rebenlauge. Erst kommt Vaterland und Politik! Drum setzt man sich abends in den „Augustiner“ oder in den Löwenbräueller, wo die Kapelle der republikanischen Landespolizei den eisenindustriellen Gott, der hakenkreuzige Stahlhelme wachsen läßt, verberlicht, und verkauft „dem Ebert seinen Zylinder und die erste und die zweite Republik“. Später schmeißt man die ganze Judenbande raus, baut Pyramiden aus Rohkrügen und singt zum Schluß: Deutschland über alles. Dies Programm ist so beliebt, daß es läglich wiederholt wird. Abends braucht man in München überhaupt keine Uhr. Wenn man aus irgendeiner Kneipe das Deutschlandlied aus verflochtenen Kehlen „steigen“ hört, ist's 5 Minuten vor Polizeistunde.

Das geschmacklose, aber immerhin noch harmlose Bild „politischer“ Betätigung deutscher Studenten ändert sich, wenn man hinter die Kulissen der vaterländischen Verbände schaut, in denen ja Studenten eine wesentliche Rolle spielen. Wenn z. B. der Bund Oberland militärische Auszüge mit antirussischen Übungen macht, dann bekommen auch die Hammelherden auf Oberwiesensfeld tiefere Bedeutung, und der Schulfall Bauer zeigt eklatant die ungeheure Gefahr der systematischen Verheerung junger halloster Studenten. Jeder dieser politischen Wirkkräfte dünkt sich ein Freiheitsheld und wird es nie glauben, daß er nur das erbärmliche Werkzeug der bekannten Revandbrahtzieher ist, die sich seiner rücksichtslos entäußern, sobald er der Organisation, d. h. dem Organisator unbedarft wird. So erging es Bauer, einem ungläublich aufgeregten jungen Menschen, der zwei Personen kindisch haßte: Scheidemann und — die Wirtin seiner Bude, die er mit mehreren Kollegen teilte. Und als seine bevorstehende Verhaftung seinen Freunden gefährlich wurde, weil er zuviel wußte und seine überreizten Nerven nicht mehr in der Gewalt hatte, da mordete man den offenbar pathologischen Kindskopf mit derselben rücksichtslosen Dreistigkeit, wie man die politischen Gegner abschlächtet. Jeder christliche Abenteuerer glaubt sich berufen, schwarz: Listen aufzustellen und findet gerade unter den verheißten hypnotisierten Studenten, die ihm durch blut-

Zur Devisenerfassung.

Untersuchung der Devisenkäufe der letzten Woche.

Der Reichskommissar für Devisenerfassung machte einem unserer Mitarbeiter Mitteilungen über die weitere Durchführung der Maßnahmen zur Heranziehung der in der Privatwirtschaft vorhandenen Devisen für den Bedarf des Reichs und der Allgemeinheit. Die Vorgänge gegen Ende der letzten Woche, wo sich durch die überhöfende Zuteilung der zu dem amtlichen Verkehr angemeldeten Devisenforderungen herausgestellt hat, daß zahlreiche Devisenkäufe ohne Deckung in Auftrag gegeben worden sind, haben den Devisenkommissar veranlaßt, eine besondere Untersuchung anzustellen, wie sie auch seinerzeit vom „Vormärts“ gefordert worden ist. Es wird durch Umfrage festgestellt, welche Käufer über ihren Bedarf hinaus und ohne überhaupt Geld zur Bezahlung zu haben, Devisen verlangten. Die Reichsbank hat bekanntlich seinerzeit gegen solche Unternehmungen die Kreditperre angehängt. Diese Untersuchung wird zu voller Klarheit führen, weil Umgehungen nur schwer möglich sind. Die Devisenbanken müssen nämlich außerdem ständige Nachweisungen über die von ihnen abgeschlossenen Devisengeschäfte dem Devisenkommissar einreichen, an Hand deren es möglich ist, die Antworten auf besondere Rückfrage zu kontrollieren. Gegen die Firmen, die ohne Deckung Devisen gekauft haben, wird scharf vorgegangen werden.

Die vom Devisenkommissar angeforderten Meldungen werden in den nächsten Tagen eingehen und etwa gleichzeitig wird auch das Ergebnis der Bestandaufnahme der Edelmetalle vorliegen. Es ist insbesondere anzunehmen, daß erhebliche Bestände an Silber, die nicht zur Produktion benötigt werden, in Deutschland vorhanden sind.

Der Erfolg aller dieser Maßnahmen, ebenso wie der Devisenrazien, die in Berlin und auch verschiedenen anderen Städten Deutschlands erfolgt sind, ist nicht nur ein unmittelbarer, indem dem Reiche fremde Zahlungsmittel verfügbar gemacht werden, sondern auch ein mittelbarer. Es läßt sich beobachten, daß aus Furcht vor etwaiger Bestrafung oder Beschlagnahme Edelmetalle und Devisen jetzt in größeren Mengen eingehen als früher. Das ist, was insbesondere die Devisen angeht, insofern ausfallend, als der Eingang an Exportdevisen infolge des Rückganges der Wareneinfuhr nachgelassen hat. Man kann also annehmen, daß vor allem die zur wertbeständigen Anlage oder zur Kapitalflucht geharnischten Devisen jetzt, wenigstens zu einem Teile, zur Ablieferung kommen. Die Erfassung der Devisen würde wesentlich begünstigt werden dadurch, daß die Arbeiten zur Sanierung der Währung so schnell als möglich fortgesetzt werden. Es ist selbstverständlich, daß die Devisenbesitzer ihre fremden Zahlungsmittel nur ungern preisgeben, wenn sie nicht einen unter allen Umständen wertbeständigen Gegenwert dafür erhalten. Deshalb ist eine wirkliche Ausnutzung der Devisenbestände mit der Sanierung der Währung eng verbunden.

Leberdies sind auch fortlaufende Erhebungen bei den Industrieunternehmen im Gange über die von ihnen vereinnahmten und verarbeiteten Devisenbeträge sowie über die Rohstoffvorräte. Der Devisenkommissar findet dabei bei den großen Unternehmen jede Unterstützung, auf die er angewiesen ist.

Daß man jetzt im Begriff ist, auch Produzenten und Banken schärfer zur Devisenerfassung heranzuziehen, ist ein Beweis dafür, daß die Maßnahmen des Devisenkommissars sich nicht nur gegen den Mittelstand richten, wie vielfach fälschlich behauptet wurde, sondern daß man ernsthaft bemüht ist, alle irgendwie verfügbaren Bestände an fremden Werten der deutschen Volkswirtschaft zuzuführen.

Die Stimmung im Ruhrgebiet.

Gelsenkirchen, 26. September. (Eigener Drahtbericht.) Der Beschluß der Reichsregierung, den passiven Widerstand abzubrechen, ist erst im Laufe des Mittwochs in den Landorten und den Bergarbeiterdörfern allgemein bekannt geworden. Für viele Kreise war er keine Ueberraschung, da man die Unhaltbarkeit des Zustandes der letzten Wochen durchaus eingesehen hat. Die Haltung der Regierung wird durchaus gebilligt und gewürdigt. Ein gewisser Rhythmus äußert sich hier und da bei den Bevölkerungsstellen, die viel unter der Befehlsgebung gestanden haben. Trotzdem ist anzunehmen, daß die Bevölkerung dem Aufruf der Regierung und dem Rat ihrer bewährten Partei- und Gewerkschaftsführer folgt. Gegen den Abbruch des passiven Widerstandes sind nur die Deutschnationalen und die Kommunisten. Es ist damit zu rechnen, daß die beiden Parteien alles versuchen werden, um die Bevölkerung gegen die Beschlüsse der Reichsregierung einzunehmen. Wie weit sie Erfolg haben, kann natürlich heute noch nicht gesagt werden. Die Deutschnationalen sind im allgemeinen im Herzen des Industriegebietes nicht zahlreich. Ihre Anhänger rekrutieren sich aus Kreisen, denen die breiten Massen der Bevölkerung von vornherein abnehmend und mit Misstrauen gegenüberstehen. Wenn der Einfluß der Rechtsradikalen also im Ruhrgebiet auch nicht weit reicht, so ist doch angesichts der Stimmung möglich, daß sie durch ihre hemmungslose Agitation manchen Wirtkopf einfangen. Charakteristisch dafür ist die heutige Ausgabe der „Allgemeinen Zeitung“ in Gelsenkirchen. Das Blatt gab sich bisher volksparteilich aus. Heute ergeht es sich aber in heftigen Angriffen gegen den Beschluß des Reichstabinetts und macht Hilferufe für den Abbruch des passiven Widerstandes verantwortlich. Schwermügender als die deutschnationale Agitation wird die der Kommunisten sein, wenn auch ein gut Teil der Anhänger der KPD den Weisungen der kommunistischen Zentrale nur widerwillig folgt und innerlich davon überzeugt ist, daß der weitere Widerstand unnütz und ohne Zweck ist.

Kommunistische Umsturzpropaganda.

Essen, 27. September. (Wrb.) Die Zentrale der KPD. erläßt einen Aufruf zum Sturz der Regierung Stresemann. Der Aufruf ist in roten Plakaten in der vergangenen Nacht an allen Straßenecken angeklebt worden. Die Kommunisten hoffen augenscheinlich, bei der jetzigen Uebergangswirtschaft im Ruhrgebiet nach Aufhebung des passiven Widerstandes Unruhen hervorzurufen zu können. Die Zentrale fordert zur Bildung einer Arbeiter- und Bauernregierung auf.

Aufruf Oesers an die Eisenbahner.

Berlin, 27. September. (WLB.) Im Anschluß an die Proklamation der Reichsregierung hat der Reichsverkehrsminister an das Reichsbahnpersonal folgenden Erlass gerichtet: „Neun Monate lang habt Ihr für Recht und Gerechtigkeit gekämpft, habt Ihr an der Last unseres gerechten Abwehrkampfes getragen. Willig habt Ihr Euer Bestes eingesetzt, habt Eure Arbeit, habt Haus und Hof, der Gewalt weichend, verlassen müssen. Eure Treue wird Euch nicht vergessen werden. Wir brechen den Kampf ab. Die Sorge für alle, die an Leib und Leben, an Hab und Gut gelitten haben und leiden, wird weiter meine vornehmste Aufgabe sein. Die nötigen Maßnahmen zum Abbruch des Abwehrkampfes werden besonders von mir getrieben und bekanntgegeben werden.“

„Amerikaner sucht Wohnung“.

Jedes Groß-Berliner Wohnungsamt hat für die Hunderttausende von Wohnungsuchenden im Monat kaum zwei Duzend Wohnungen zu vergeben, die gewöhnlich nur unter den größten Schwierigkeiten und erst nach mehrjähriger Wartezeit zu haben sind. Aber die Inseratenplanungen mancher Berliner Blätter sind angefüllt mit spaltenlangen Angeboten privater Wohnungsnachweise. So hat ein bestimmter derartiger Nachweis in einem Blatt an einem einzigen Tage nicht weniger als hundert dreizeilige Inserate fast gleichen Wortlautes hintereinander veröffentlicht. Andere Nachweise beschränken sich auf 10 und 20 Inserate in der gleichen Nummer. Das Geschäft muß also auf jeden Fall viel Geld einbringen. Wie kommt es, daß diese Wohnungsnachweise so blühen? Haben sie tatsächlich viele Wohnungen auf Lager? Natürlich kann kein privater Nachweis mehr erreichen als das Wohnungsamt. An den Verfügungsrechten des Wohnungsamtes, das selbst förmlich Jagd macht auf freierwerbende oder zu beschlagnehmende Wohnungen, scheitert das heftigste private Bemühen, wenn man nicht Gefahr laufen will, bald aus der vermittelten Wohnung wieder herausgeholt zu werden. Es kann sich also immer nur um die private Vermittlung solcher Wohnräume handeln, die dem Zugriff des Wohnungsamtes nicht unterliegen. Des Rätsels Lösung liegt daher in lancierten Gesuchen etwa folgenden Inhaltes: „Amerikaner sucht möblierte Wohnung.“ „Aha, ein Dollar-Mann, der glatt bezahlt, was man fordert! Auf den stürzt sich ein kleines Heer von Zimmervermietern, und der Waisforb mit Angeboten wandert in die Hände des Nachweises, der die Annonce losgelassen hat. Dann kann man doch aber als Wohnungsuchender schließlich selbst ein solches Inserat ausgeben und spart die nicht ganz kleine Provision, die sich der Nachweis mindestens schon für die berühmten Schreibgebühren zahlen läßt. Es ist also mit der Vermittlung genau dieselbe Geschichte wie einst bei den eingegangenen Heiratsbureaus.“

Dollarkurs und Lebensmittelmarkt.

Hohe Fleischpreise wegen guter Futtermittelernte.

Seitdem vor 8 Tagen der Dollarkurs eine nicht unbedeutliche Senkung erfahren hat und eine Woche lang ziemlich stabil geblieben ist, wollen die aus allen Teilen der Bevölkerung kommenden Klagen nicht verstummen: Der Dollar fällt und die Preise steigen. Besonders große Empörung hat bei den Verbrauchern das gerade in den letzten Tagen zu verzeichnende Anziehen der Preise für Frischfleisch, Butter und Eier hervorgerufen. Wie hierzu von unrichtiger Seite mitgeteilt wird, trägt an den hohen Fleischpreisen überraschenderweise — die gute Futtermittelernte die Hauptschuld. Die Landwirte halten ihr Vieh zurück, weil ihre reichlichen Futtervorräte sie in den Stand versetzen, in diesem Jahr Vieh in größerem Umfang als bisher zu mästen. Das mag nun zwar sehr erfreuliche Aussichten für die Qualität des Fleisches im kommenden Winter erwecken, im Augenblick hat dieser Umstand jedenfalls geringe Auftriebe auf den Viehmärkten und daher hohe Fleischpreise zur Folge. Bei der Butter und den Eiern trägt bis zu einem gewissen Grade noch immer die Tätigkeit der wilden Verkäufer viel zu den Preissteigerungen bei. An den zuständigen Stellen ist man bemüht, das gegenseitige Sichüberbieten dieser Händler auf dem Lande dadurch unmöglich zu machen, daß man durch verschärfte Bedingungen für die Erwerbung von Gemeindefleischen und für die Genehmigung des Lebensmittelhandels die Zahl dieser Händler wesentlich verringern will.

Preisermäßigung für marktfreies Gebäck.

Wie der Zweverband der Bäckermeister Groß-Berlins mitteilt, macht die augenblickliche Senkung der Mehlpreise eine Herabsetzung der Preise für marktfreies Gebäck möglich. Infolgedessen kostet vom morgigen Freitag, den 28. September, ab das marktfreie Brot 16 Millionen (bisher 17 Millionen) und die Schrippe 650 000 R. (bisher 700 000 R.). Auch die Preise für die übrigen Gebäcksorten werden entsprechend ermäßigt.

Die Stadt erhebt kein Schulgeld.

Konflikt zwischen Magistrat und Kultusministerium.

Wie das Städtische Nachrichtenamt mitteilt, betrug an den höheren Schulen Berlins das Schulgeld für Juli bis September 45 000 R. Jeder Versuch, diesen Betrag der Geldentwertung entsprechend zu erhöhen, ist am Widerstand des Kultusministeriums gescheitert. Für den Oktober hat das Kultusministerium das Schulgeld auf 8 Millionen festgesetzt. Das sind nach der heutigen Geldentwertung 25 R. Auch diesen Betrag angemessen zu erhöhen, hat das Kultusministerium abgelehnt. Unter diesen Umständen hat der Magistrat beschlossen, das Schulgeld, solange es nur in dieser Höhe möglich ist, überhaupt nicht zu erheben, da die Erhebungskosten größer sind als der Ertrag. Dabei seien sehr bittere Worte über völlige Verständnislosigkeit des Kultusministeriums für die wirtschaftliche Seite einer Anordnung. Wenn die Gemeinden kein Schulgeld von angemessener Höhe mehr erheben dürfen, so wird der völlige Verfall dieser Schulen nicht mehr auszuhalten sein.

Ein Telefongespräch 4 Millionen Mark.

Die Gebühr für ein Dringgespräch von einer Teilnehmerstelle oder einer öffentlichen Sprechstelle aus beträgt ab 1. Oktober 4 Millionen Mark. Für ein Ferngespräch von nicht mehr als 3 Minuten Dauer werden erhoben bei einer Entfernung bis zu 5 Kilometer einschließlich 4 Millionen, von mehr als 5 bis 15 Kilometer einschließlich 8 Millionen, von mehr als 15 bis 25 Kilometer einschließlich 12 Millionen, von mehr als 25 bis 50 Kilometer einschließlich 24 Millionen, von mehr als 50 bis 100 Kilometer einschließlich 36 Millionen Mark, darüber für jede angefangene 100 Kilometer 12 Millionen Mark mehr. Für dringende Gespräche das Dreifache, Blüßgespräche das Hundertfache der Gesprächsgebühr für ein gewöhnliches Ferngespräch. — Im Telegrammverkehr sind die wichtigsten Gebühren vom 1. Oktober 1923 an für Ferntelegramme: Grundgebühr 6 Millionen und außerdem für jedes Wort 3 Millionen; für Dringtelegramme: Grundgebühr 3 Millionen und außerdem für jedes Wort 1 Million.

Sicherheitsdienst in Eisenbahnzügen.

Um die Reisenden auch während der Fahrt, besonders in den nachts verkehrenden Zügen, vor Belästigungen oder Verabungen möglichst zu schützen, hat Reichsbahndirektionspräsident Wulff-Berlin für seinen Bereich eine besondere Verfügung erlassen; zunächst werden die Zugbegleitbeamten der Fernzüge auf den Sicherheitsdienst während der Fahrt eindringlich hingewiesen; in den D-Zügen sollen die Schaffner nach der Fahrartenprüfung wiederholt Revisionsgänge durch die einzelnen Wagen machen; in den Personen- und Eilzügen, die nur aus Abteilwagen bestehen und in denen die Schutüberwachung der Reisenden schwieriger ist, sollen sich die Zugbegleitbeamten während der Fahrt so oft wie möglich in den mit Reisenden besetzten Wagen aufhalten und ihr besonderes Augenmerk auf Einzelreisende richten; die Dienstabteile sollen nur zur Erledigung dienstlicher Angelegenheiten oder zur Einnahme der Mahlzeiten aufgesucht werden. Außerdem werden die von Berlin ausgehenden Eil- und Personenzüge durch Beamte der Ueberwachungsabteilung planmäßig begleitet. — Diese Anordnung, die zunächst nur für den Bereich der Reichsbahndirektion Berlin gilt, dürfte ähnliche Schutzmaßnahmen auch bei anderen Direktionen veranlassen; alle Bestrebungen der Reichsbahnverwaltung jedoch werden nur Erfolg haben können, wenn auch die Reisenden selbst weniger

vertrauensfest als bisher ihren Mitreisenden gegenüber sich nehmen und vor allem nicht jedem Unbekannten ihr Gepäck und Eigentum im Abteil „zur Aufsicht“ anvertrauen.

Gasteuerung.

Unhaltbare Preisberechnung der privaten Gaswerke.

Die Erregung in der Bevölkerung über die ungeheuren Preise für Kohle und Gas ist verständlich und berechtigt. Die Städtischen Werke haben wenigstens durch Uebergang zur vierzehntäglichen Einkassierung versucht, ein wenig die Belastung der Bevölkerung zu mildern. Es kommen aber immer wieder Klagen darüber, daß die vierzehntägliche Einkassierung nicht innegehalten wird. Demgegenüber wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die Werksdeputation in ihrer letzten Sitzung erneut beschlossen hat, daß die Städtischen Gaswerke unbedingt die vierzehntägliche Einkassierung genau durchzuführen haben. Es soll nach dem Willen der Werksdeputation so gehandhabt werden, daß jemand, der z. B. in der ersten Septemberwoche noch einlösstet wurde, in der dritten wieder an der Reihe ist, oder daß der aus der zweiten in der vierten erneut eingelöstet wird. Die vierzehntägliche Ablesung ist auch nicht als eine halbmonatliche zu verstehen, da bei dreizehn Wochen im Quartal dadurch jeder Konsument einmal im Quartal für drei Wochen zu bezahlen hätte. Bei der großen Abnehmerzahl (über eine Million Konsumenten) wird es selbstverständlich nicht ausbleiben, daß namentlich im Anfang hier und da der vierzehntägliche Termin nicht innegehalten wird. In solchen Fällen ist es das gute Recht und die Pflicht der Konsumenten, die Preisberechnung nach vierzehntäglicher Ablesung zu verlangen. Bedeutend ungünstiger sind aber die Verhältnisse bei der privaten Gasbetriebsgesellschaft. Sie hält noch an dem System der wöchentlichen Kassarierung fest und belastet dadurch ihre Abnehmer in einer unerträglichen Weise. Bei einem Preise des Gases von jege und schreibe 18,6 Millionen berechnet sie jetzt einen sogenannten Durchschnittspreis von 8 Millionen. Da sie diesen Preis aber nicht wie die Stadt für zwei Wochen, sondern für ganze vier Wochen erhebt, ist sie mehr als doppelt so teuer wie die Städtischen Gaswerke. Ein Konsument, der im Monat September 20 Kubikmeter verbraucht und in dieser Woche abgelesen wird, zahlt bei der Gasbetriebsgesellschaft 160 Millionen, während er bei den Städtischen Werten in zwei Raten zu 10 Kubikmetern bezahlt hat, wobei das Kubikmeter in der zweiten Septemberwoche 350 000 und jezt 8,5 Millionen kostete. Es ist klar, daß bei den Lohnverhältnissen es für den Konsumenten viel leichter ist, in zwei Raten nach der Form der Städtischen Gaswerke zu zahlen als nach dem System der privaten Gasgesellschaft für volle vier Wochen rückwärts den ungeheuren Preis von 8 Millionen zu leisten. Wenn also auch die Städtischen Gaswerke mit ihrem Tarifsystem sozialer sind als die private Gasgesellschaft, so bleibt auch hier noch genug zu tun übrig. Die durch die Ueberweltmarktkohlenpreise veranlaßte Gasteuerung führt im Zusammenhang mit der Geldentwertung zu einer solchen Bedrohung aller häuslichen Existenzen, daß mit allen Mitteln an der Verbesserung der Zahlungsbedingungen gearbeitet werden muß. Die Werksdeputation hat die Einführung des Bons- oder Gaskassensystems, wodurch wöchentliche Zahlungen für die Konsumenten ermöglicht werden, verlangt. Soweit wir unterrichtet sind, ist damit zu rechnen, daß in Kürze die Direktion der Gaswerke diesem Verlangen nachgeben, jedenfalls sind die Vorarbeiten dazu im Gange.

Die Folgen der Gasteuerung zeigen sich darin, daß ganze Häuserviertel, namentlich da, wo Erwerbslose und Kurzarbeiter überwiegen, jezt nicht mehr in der Lage sind, die Gasrechnungen zu bezahlen. Bereits im vorigen Monat ist der Gasverbrauch um 25 Proz. zurückgegangen, ein weiterer Rückgang ist für diesen Monat sicher zu erwarten. Die Reichsregierung sollte deshalb angesichts der furchtbaren sozialen Folgen den Abbau der Kohlenpreise mit aller Energie in die Hand nehmen; zumal wenn jezt nach der Wiederkehr normaler Produktionsverhältnisse im Ruhrgebiet wieder gefördert wird, ist die augenblickliche Preiswirtschaft des Reichskohlenraus überhaupt nicht mehr zu verantworten. Die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion wird in der Stadtverordnetenversammlung erneut die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf die sozialen Folgen der Kohlenpreispolitik lenken.

Zu einem Zusammenstoß zwischen Jugendlichen kam es gestern abend im Friedrichshain. Ungefähr 10 junge Leute, die einer rechtsradikalen Gruppe angehören, hatten an einer Sitzung teilgenommen und trafen, als sie gegen 11 Uhr nach Schluß der Zusammenkunft durch den Friedrichshain kamen, mit anderen jungen Menschen, wahrscheinlich Kommunisten, zusammen. Es entstand eine regelrechte Schlägerei. Bei der der 18 Jahre alte Mechaniker Willi Donner so erheblich am Kopf verletzt wurde, daß er nach dem Krankenhaus Friedrichshain gebracht werden mußte. Als Polizeibeamte erschienen, floh die Gesellschaft auseinander, so daß keiner der Beteiligten festgenommen werden konnte.

Der neue Ketzstein für die Privatpraxis ist von der Honorarkommission der Ärztekammer und dem Groß-Berliner Ärztenbund mit Wirkung vom 27. September ab auf 32 Millionen Mark festgesetzt worden.

Jugendliche Mädchen im Alter von 14—15 Jahren sind in größerer Zahl in den öffentlichen Arbeitsnachweisen der Stadt Berlin vorkommend. An dieser Tatsache dürften alle Frauen interessiert sein, die bereit sind, junge Mädchen für den Haushalt anzunehmen oder die für einen kleinen Haushalt bzw. zu Kindern eine jugendliche Hilfskraft suchen. Angebote offener Stellen sind schriftlich oder telefonisch (nicht persönlich) zu richten an die Abteilung Stellenauswahl des Landesamts für Arbeitsvermittlung, Berlin, Epanbauer Str. 32, Telefon Magistrat 743, Zentrum 2341, 9565, 3329.

Beiratsbildungsaufruf Groß-Berlin. Sonntag, den 30. September, nachm. 8 Uhr, im Neuen Theater am Zoo: „Die Hahn von Toledo“. Der Aufsicht bedarf 5 Millionen Mark pro Karte. Karten sind noch zu haben im Bureau des Beiratsbildungsaufrufes Lindenstr. 7, 2. Hof II, Zimmer 8. — Donnerstag, den 4. Oktober, nachmittags 8 Uhr, Sitzung des engeren Bildungsausschusses. — Am Sonntag, den 14. Oktober, nachm. 8 Uhr, im Staats-Theater Charlottenburg „Nathan der Weise“.

Riga will den Berliner Zoo übernehmen! Wie die „Rigaische Rundschau“ erfährt, beabsichtigt eine Rigaer Gesellschaft, den Rigaer Zoologischen Garten wieder aufzubauen. Es soll die Absicht bestehen, die Zinassen des Berliner Zoologischen Gartens nach Riga zu überführen, da der wirtschaftliche Zusammenbruch Deutschlands die Fütterung der Tiere und den Unterhalt des Zoologischen Gartens in Frage stellt.

Zu dem großen Unglück in dem Kohlensticht von Reddin in England wird berichtet, daß immer noch 42 Bergleute in der Grube eingeschlossen sind und daß es kaum möglich sein dürfte, sie zu retten, da das Wasser in der Grube immer weiter steigt. Es ist daher damit zu rechnen, daß die Zahl der Opfer erheblich höher ist.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Zunächst überwiegend heiter und etwas wärmer, bei ziemlich lebhaften südlichen Winden; nachher wieder zunehmende Bewölkung ohne erhebliche Niederschläge.

